



Knittelfelder

NACHRICHTEN

Österreichische Post AG, RM 23A044157 E. 8020 Graz

Nummer 281
April 2024

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Rechnungsabschluss
- 0 Spielplatz Hauptplatz
- 0 KPÖ-Sozialfonds
- 0 Frieden, Neutralität

Zum Schutz der Menschen im Murtal: Lärmbelastung durch Airpower und Übungsflüge minimieren! KPÖ-Antrag von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt

Lärm wird immer mehr zum Problem. Lärm macht krank. Das ist wissenschaftlich erwiesen. Im Aichfeld ist die Belastung besonders massiv: Der „normale“ militärische Flug- und Übungsbetrieb durch Eurofighter und andere Fluggeräte, die Autobahn, die Eisenbahn und – in mehr als der Hälfte des Jahres – der Lärm durch den Red Bull Ring halten die Belastung hoch.



Heuer kommt zu diesem oft kaum mehr zu ertragenden Lärm noch die Airpower hinzu. Die Airpower bedeutet nicht nur in den Tagen davor und danach Lärm-

terror für die ganze Region. Die Erfahrungen der vergangenen Flugshows zeigten, dass die Menschen in unserer Region schon Monate vor dieser Veranstaltung durch die Übungsflüge massiv gestört werden. Ohrenbetäubende Flugmanöver ohne Rücksicht auf die Bevölkerung, besonders auf Kinder, Kranke und alte Menschen waren auf der Tagesordnung.

Wir meinen aus den Erfahrungen mit der Airpower müssen Konsequenzen gezogen werden. Wir haben deshalb nebenstehenden Antrag in den Gemeinderat eingebracht. Dabei haben wir betont, dass es bei dem Antrag nicht um die Airpower selbst geht. Es geht darum einzufordern, dass die Belastungen durch diese Veranstaltung minimiert werden.

Die KPÖ hat sich immer klar gegen die Airpower ausgesprochen. Aber egal wie man zu dieser Veranstaltung steht, es muss doch die Verpflichtung unserer Gemeindepolitiker:innen sein die Menschen, die hier leben zu schützen - und deshalb dafür einzutreten die Lärmbelastungen zu minimieren.

Eigentlich eine klare Sache. Aber unser Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. ÖVP und FPÖ wiesen auf die wirtschaftliche Bedeutung der

Der Antrag der KPÖ:

**Zum Schutz unserer Bevölkerung!
Forderung der Stadtgemeinde Knittelfeld betreffend der Übungsflüge für die Airpower 2024**

Aus den Erfahrungen der letzten Airpower müssen Konsequenzen gezogen werden.

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Knittelfeld möge daher beschließen:

Der Gemeinderat fordert das Ministerium für Verteidigung auf folgende Anweisungen bzw. Anordnungen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Airpower 2024 zu erlassen:

- 1. Die Vorführungen bei der Airpower und die im Vorfeld stattfindenden Übungen sind auf ein Minimum zu reduzieren.**
- 2. Aus Lärm- und Sicherheitsgründen sind militärische Kunstflugübungen hauptsächlich über militärischem Gelände auszuführen. Es dürfen im Aichfeld keine Flugübungen über Wohngebieten mehr stattfinden!**

Die Gesundheit, die Sicherheit und das Wohlbefinden unserer BewohnerInnen des Aichfeldes muss an erster Stelle stehen, deshalb ersuchen wir den Antrag anzunehmen.

Airpower hin. Die FPÖ erklärte, es würden nicht mehr Flüge als sonst stattfinden und über bewohntem Gebiet werde ohnehin nicht geflogen. In dieselbe Kerbe schlug die SPÖ und erklärte, alle Punkte des Antrags seien bereits erfüllt.

Die Ablehnung von SPÖ, ÖVP und FPÖ ist uns unverständlich. Obwohl nicht die Haltung zur Airpower, sondern der Schutz der Bevölkerung Thema des Antrags war, wurde die Ablehnung mit der wirtschaftlichen Bedeutung begründet. Offensichtlich fahren die Scheuklappen hoch wenn es um die Interessen der Wirtschaft geht. Der Schutz der Bevölkerung wird zur Nebensache.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ↻**Antrag in Spielberg angenommen**

Es ist absurd zu behaupten es gäbe im Vorfeld der Airpower keine zusätzlichen Belastungen und es werde nicht über bebautem Gebiet geflogen. Die Erfahrungen, besonders mit der letzten Airpower, zeigen ein ganz anderes Bild. Im Spielberger Gemeinderat wurde unser Antrag einstimmig angenommen. Hätte der Knittelfelder Gemeinderat den Antrag ebenfalls angenommen wäre das eine starke gemeinsame Stimme aus unserer Region gewesen. Leider wurde diese Chance vertan.

**Sonnenschutz für den Spielplatz am Hauptplatz - immer noch ein ungelöstes Problem**

Der Kinderspielplatz am Hauptplatz wird gut genutzt, nur leider gibt es dort keinen Sonnenschutz. Damit wird die Nutzung

an sonnigen Tagen zum Problem. Nicht nur, dass ein zuviel an Sonnenstrahlung besonders für Kinder schädlich ist, die Spielgeräte werden dann auch heiß und teilweise unbenutzbar.

Ich habe das Problem schon mehrmals im Gemeinderat und im zuständigen Ausschuss angesprochen. Man habe eine Lösung auf dem Schirm, wurde versprochen. Nachdem sich bis jetzt nichts getan hat, habe ich in der letzten Gemeinderatssitzung noch einmal nachgefragt.

Ein Sonnenschutz werde nicht kommen, denn mit Sonnensegeln hätte man schlechte Erfahrungen gemacht. Es wurde auf die bestehenden Bäume als Schattenspenden verwiesen.

Diese Entscheidung ist mir unverständlich. Warum wurde zuerst eine Lösung versprochen und dann nicht umgesetzt? Bis die Bäume - falls das überhaupt jemals möglich ist - genug Schatten werfen sind die jetzigen Kinder wohl schon zu Jugendlichen herangewachsen. Die Entscheidung keinen Sonnenschutz zu installieren ist nicht akzeptabel. Sprechen Sie die Gemeindeverantwortlichen ebenfalls darauf an. Vielleicht bewirkt Druck von mehreren Seiten ein Umdenken, meint...

...Ihre KPÖ-Gemeinderätin Sylvia Lammer



„So möchte ich nicht auf der Terrasse sitzen - Lärm macht krank“ hat Bürgermeister Harald Bergmann im Jahr 2020 vor der letzten Gemeinderatswahl auf Facebook ein Bild von sich mit aufgesetztem Gehörschutz gepostet. Daran haben wir ihn bei der letzten Gemeinderatssitzung erinnert. Leider vergeblich.

Aus dem Gemeinderat**Jubiläumspark in der Parkstraße**

Die KPÖ hat im Dezember im Gemeinderat angeregt die Gemeinde soll anlässlich des 800-Jahr Jubiläums einen „Jubiläumspark“ errichten. Dort könnten Obstbäume und Beerensträucher gepflanzt werden. Viele Generationen könnten diesen Grünraum nutzen.

Als Standort haben wir den Spielplatz in der Portniggstraße vorgeschlagen. Das ist eine Grünfläche im ohnehin dicht verbauten Bereich um die Gaalerstraße. Dort sollen Wohnbauten errichtet werden. Der Erhalt dieser Freifläche wäre so wichtig für die Menschen die dort leben und eine Maßnahme für den Klimaschutz. Deshalb sind wir dafür eingetreten die Gemeinde solle Kontakt mit der OWG aufnehmen um nach Möglichkeiten zu suchen diese Fläche zu sichern.

Nun wurde beschlossen auf dem Grundstück hinter dem Spar in der Parkstraße einen solchen Jubiläumspark zu errichten. Die Kosten dafür werden 10.000 Euro betragen. Natürlich freut es uns, dass unsere Idee eines Jubiläumsparks aufgegriffen wurde. Aber das Problem der drohenden Verbauung der Grünfläche in der Portniggstraße ist damit leider nicht gelöst.

Solaranlagen boomen

Die Gemeinde vergibt 400 Euro an Förderung für den Bau einer Solaranlage. Nun wurden 45.600 Euro für 114 Ansuchen beschlossen. Das sind wesentlich mehr Ansuchen als in den vergangenen Jahren.

Die SPÖ wollte diese Förderung mit der Begründung dass Solaranlagen derzeit ohnehin gut gefördert werden abschaffen. KPÖ und ÖVP haben sich dafür eingesetzt, dass die Förderung bleibt. Sie ist geblieben, das ist gut. Solaranlagen kommen dem Klimaschutz zugute und hier sollte nicht eingespart werden.

**Raiffeisenbank
Aichfeld**



Rechnungsabschluss 2023: Weniger Mittel vom Bund, weniger Investitionen

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Knittelfeld für 2023 zeigt ein positives Ergebnis. Hauptgrund sind Mehreinnahmen bei der Kommunalsteuer und dass zahlreiche Vorhaben, z.B. beim Schulprojekt oder einige Straßensanierungen erst 2024 ausgeführt werden.



Für die Gemeinden wird es immer enger - wo bleibt der Widerstand?

Die KPÖ hat dem Rechnungsabschluss 2023 zugestimmt. Denn im Vorjahr gab es ein Anti-Teuerungspaket und die jährliche Erhöhung der Wasser- und Kanalgebühren wurde ausgesetzt. Damit wurden

Anliegen umgesetzt, für die wir seit Jahren getrommelt haben.

Unsere Gemeinde konnte zwar ein positives Ergebnis erzielen. Allerdings nur durch Auflösung von Rücklagen. An der angespannten finanziellen Situation hat sich nichts geändert. Die Gemeinden sind maßgeblich von den Ertragsanteilen (Teil der Steuereinnahmen des Bundes, der an die Gemeinden ausbezahlt wird) abhängig. Hier sieht es bitter aus. Knittelfeld hat um rund 380.000 Euro weniger vom Bund erhalten als veranschlagt.

Ende vorigen Jahres wurde das Finanzausgleichsgesetz beschlossen. Obwohl auch die SPÖ immer wieder mehr Geld und eine gerechtere Aufteilung fordert, stimmte sie diesem Gesetz unverständlicherweise zu. Somit ist die mangelnde finanzielle Ausstattung der Kommunen für die nächsten Jahre festgeschrieben. Dabei können die Hälfte der steirischen Gemeinden schon jetzt keinen ausgeglichenen Haushalt mehr erzielen.

Auch Teuerung und gestiegene Zinsen belasten die Gemeinden. Weil die Gemeinden unterfinanziert sind müssen mehr Kredite aufgenommen werden. So profitieren private Banken an notwendigen öffentlichen Investitionen.

Wir haben schon oft gefordert, dass Infrastrukturmaßnahmen über günstige, besser noch zinslose, Kredite finanziert werden. Hier könnte die Bundesfinanzierungsagentur oder der Nationalbank herangezogen werden.

Nun wurde bekannt, dass die ÖVP-Grün-Regierung im Zuge des Wohnbaupakets zinsgünstige Kredite von 1,5% zur Verfügung stellt. Das kommt im wesentlichen den Privaten zugute. Während die Gemeinden für Infrastrukturprojekte Kredite mit vier Prozent und mehr berappen müssen, werden hier günstige Kredite aus den Hut gezaubert.

Hier zeigt sich das neoliberale Gesicht dieser Regierung, die einzelne Private und die Privatwirtschaft fördert und das Gemeinschaftliche klar benachteiligt. Diese falsche Weichenstellung geht auf Kosten von uns allen. Es wäre höchst an der Zeit für Widerstand meint...

...Ihr KPÖ-Stadtrat Josef Meszlenyi

Ergebnishaushalt, gerundet

Erträge:	41,00 Mio. Euro
Aufwendungen:	40,39 Mio. Euro
Entnahme von Haushaltsrücklagen:	2,87 Mio. Euro
Zuweisung auf Haushaltsrücklagen:	2,28 Mio. Euro
Nettoergebnis nach Haushaltsrücklagen:	1,20 Mio. Euro

Aus dem Gemeinderat

Marktbestimmte Betriebe

Wasser, Kanal, Müllabfuhr und Gemeindefürsorge wurden schon vor mehreren Jahren – auch nach Vorgaben der EU – in „Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit“ umgewandelt. Nun wurden die Betriebssatzungen neu beschlossen. Für uns sind die Bereiche Wasser, Kanal, Müllentsorgung oder Gemeindefürsorge wichtige Bestandteile der Daseinsvorsorge. Hier sollte das öffentliche Interesse und nicht der Markt bestimmend sein. Deshalb haben wir bereits damals, und auch jetzt, nicht zugestimmt.

Rund 262.000 Euro für Projekt Communication 24

1971 haben Knittelfelder Jugendliche das bahnbrechende Festival „Communication 71“ ins Leben gerufen. Nun wird die Gemeinde im Rahmen der Aktivitäten zu 800 Jahre Knittelfeld die Idee aufgreifen und im Herbst das Festival „Communication 24“ durchführen. Das Programm verspricht spannend zu werden.

Dafür sind Ausgaben von rund 262.000 Euro inkl USt. vorgesehen. 9.000 Euro sollen durch Eintritte und 124.000 Euro durch Förderungen von Bund und Land hereinkommen. Obwohl in den rund 129.000 Euro, die der Gemeindeanteil ausmacht, zahlreiche Eigenleistungen der Gemeinde enthalten sind, ist das doch sehr viel Geld.

Angesichts dieser Summen stimmt es nachdenklich, dass die Anpassung der Sozialleistungen der Gemeinde an die Inflation nur rund 4.000 Euro im Jahr gekostet hätte. Leider wurde unser diesbezüglicher Vorschlag trotz der überschaubaren Summe abgelehnt.

Für Frieden, Verhandlungen, Abrüstung und Neutralität Zwei Weltkriege sind genug!



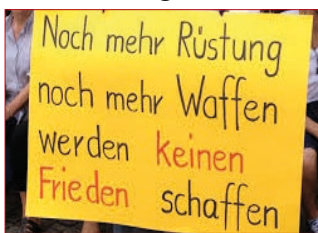
„Nie wieder Krieg!“, das war der Wunsch und die Forderung vieler Menschen nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges. Es wurden Instrumente geschaffen, wie die

UNO, um Konflikte auf internationaler Basis zu lösen. Österreich wurde ein neutraler Staat und konnte mit einer Friedens- und Vermittlungspolitik viel Ansehen in der Welt gewinnen. Heute stehen wir am Abgrund eines Atomkrieges.

Nach dem Zusammenbruch der Sozialistischen Länder wäre die Chance für eine weltweite Abrüstung vorhanden gewesen. Das Gegenteil geschah. Im Gegensatz zum „Warschauer Pakt“ - dem Militärbündnis der sozialistischen Länder - wurde die NATO nicht aufgelöst. Sie wurde erweitert und weiter aufgerüstet.

1991 änderte die NATO ihre Militärdoktrin vom Verteidigungsfall hin zum Angriffskrieg mit einem Mandat zum weltweiten Eingriff. Wichtige Abrüstungsabkommen wurden von den USA aufgekündigt. Unter Bruch der gegebenen Zusagen wurde die NATO-Osterweiterung bis hin zur russischen Grenze vorangetrieben, der NATO-Beitritt der Ukraine forciert. Die Proteste Russlands wurden ignoriert.

Vor zehn Jahren begann der Bürgerkrieg in der Ukraine. Der Ukraine-Krieg hat – wie jeder Konflikt – eine Vorgeschichte. Es ist ein lange schwelender Konflikt, bei dem auch die USA und die EU kräftig mitgemischt haben. Vor zwei Jahren hat Russland die Ukraine angegriffen. Der Krieg brachte Zerstörung und Tod. Er zwingt Millionen zur Flucht und verschärft Hunger und Elend in vielen Teilen der Welt.



Alle Seiten drehen an der Eskalationsspirale, bis hin zur Gefahr eines Atomkrieges.

In den Ländern der NATO und der EU herrscht ein wahrer Kriegs- und Rüstungstau.

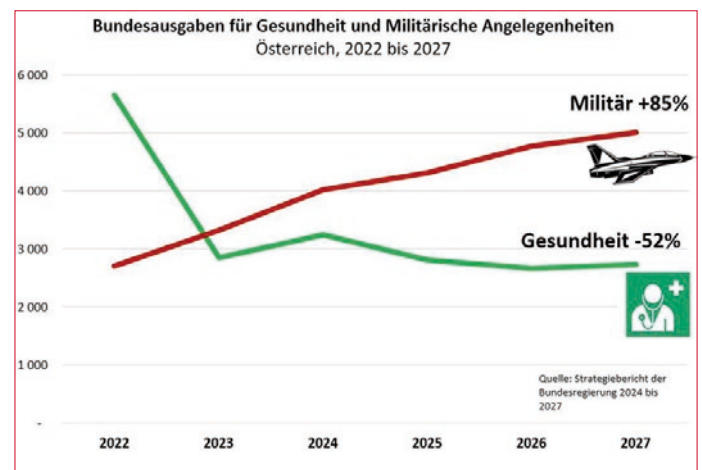
In Deutschland werden 100 Milliarden für zusätzliche Rüstung als „Sondervermögen“ tituliert. Die europäische Rüstungsindustrie soll angekurbelt und die EU „kriegstüchtig“ werden. Kürzlich hat das EU-Parlament gefordert, dass alle EU-Staaten **mindestens** zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgeben sollen. Zusätzlich dazu noch 0,25 Prozent jährlich für die Ukraine.

85 Prozent mehr Militärausgaben
ÖVP, SPÖ, Grüne und Neos haben im EU-Parlament für diesen Antrag gestimmt. Für Österreich würden zwei Prozent des BIP rund 9,5 Milliarden Euro aus-

machen. Auch wenn es derzeit noch nicht zwei Prozent des BIP sind, auch Österreich rüstet auf und beteiligt sich an der Militarisation der EU. Allein für „Sky Shield“ sind mindestens sechs Milliarden Euro vorgesehen. Die Militärausgaben sollen von 2022 bis 2027 um 85(!) Prozent steigen.

Geld für Rüstung statt Gesundheit

Andreas Huss, Obmann der Gesundheitskasse hat im ORF beklagt, dass nach der Finanzausgleichsvereinbarung jährlich 500 Millionen Euro an Steuermittel fehlen um im Bereich der niedergelassenen Ärzte aus der akuten Notsituation des Kassenärzt:innenmangels herauszukommen. Der Vizepräsident der österreichischen Ärztekammer Harald Mayer hatte für den ambulanten und stationären Bereich 5,3 Milliarden mehr gefordert um endlich die Großbaustellen im Angriff zu nehmen. Geworden sind es schließlich 920 Millionen. Das sind rund zwei Prozent mehr und deckt nicht einmal die Inflation.



Das gilt nicht nur im Bereich Gesundheit. Das Geld das für Rüstung ausgegeben wird fehlt in allen sozialen Bereichen und in der Bildung. Hier sind die Regierenden bereit das System an die Wand zu fahren, während die Aufrüstung und die Gewinne der Rüstungskonzerne Höhenflüge erleben.

Österreich trägt auch die EU-Sanktionen mit. Den Krieg haben die Sanktionen nicht beendet, aber eine massive Teuerung entfacht und den europäischen Wirtschaftsstandort geschwächt. Wirtschaftssanktionen bringen nur Leid für die Zivilbevölkerung. So haben die US-Sanktion gegen den Irak rund 500.000 Kindern das Leben gekostet.

Messen mit zweierlei Maß

Alle Seiten sind im Krieg daran interessiert die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen. Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg den wir ablehnen.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ⇨

Er ist - entgegen der gängigen Erzählung - nicht der erste und einzige Bruch internationalen Rechts. Die Geschichte kennt zahlreiche völkerrechtswidrige Angriffskriege der NATO, teilweise auch mit EU-Unterstützung. Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien sind nur einige Beispiele. Millionen von Menschen sind dabei gestorben, Länder wurden verwüstet, Leid und Chaos hinterlassen - hier gab es keinen Aufschrei unserer Regierenden oder gar Sanktionen gegen die USA.

Klima der Angst

Um die Bereitschaft für Rüstung und Krieg herzustellen müssen Ängste geschürt und Feindbilder geschaffen werden. Fakten spielen keine Rolle. Untersuchungen zeigen, dass seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs die psychischen Probleme vieler Menschen zugenommen haben.

Das Militärbudget der NATO ist rund 14 mal größer als das von Russland. Außer bei den Atomwaffen ist Russland in allen militärischen Bereichen der NATO klar unterlegen. Trotzdem werden Drohszenarien an die Wand gemalt: Die Russen würden planen andere NATO-Staaten anzugreifen oder gar bis nach Berlin zu marschieren - nur noch mehr Rüstung könne uns retten. Menschen, die für Friedensverhandlungen und Abrüstung eintreten werden diffamiert.

Man hat den Eindruck, dass die herrschenden Eliten nicht an einer Deeskalation interessiert sind. Wo bleibt das Ringen nach Lösungen? Wo bleiben die Initiativen zur Beendigung des Kriegs, anstatt immer neues Öl ins Feuer zu gießen?

Besuch im Tierheim

Heuer hatte das Tierheim Murtal mit einigen Problemen zu kämpfen. Die Heizung war kaputt und auch Geschirrspüler und Waschmaschine mussten repariert werden. Deshalb hat die KPÖ das Tierheim besucht und 300 Euro gespendet.



Für ihre wichtige Arbeit sind die Mitarbeiter:innen auch auf Spenden angewiesen. Wenn auch Sie etwas spenden wollen:

Landestierschutzverein Steiermark
IBAN: AT67 2081 5000 0405 614

Verwendungszweck: Reparaturen Murtal

Für Frieden und Neutralität

Krieg ist ein Verbrechen. Dabei geht und ging es nicht um Demokratie und Menschenrechte, sondern um Wirtschafts- und Machtinteressen. Die Verlierer dieser Konflikte sind die einfachen Menschen auf beiden Seiten. Krieg und Rüstung verschärfen auch die Klimakrise. Der derzeitige Kriegs- und Eskalationskurs ist eine Gefahr für die Existenz der Menschheit. Es braucht eine breite Bewegung für eine Beendigung des Krieges und eine neue Friedensordnung in Europa, für Völkerverständigung und Abrüstung. Das ist eine Überlebensfrage der Menschheit.

„Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.“

Erich Maria Remarques

**Schulzentrum:
Reinigung durch Gemeindepersonal geplant**

Das Gebäude des Schulzentrums wurde bisher von Bund und Gemeinde gemeinsam genutzt. Die Reinigung erfolgte durch eine Fremdfirma. Im Zuge des Schulkonzeptes geht die Nutzung zur Gänze an die Gemeinde über. Nun wurde im Gemeinderat die Grundsatzentscheidung getroffen die Reinigung wieder durch Gemeindebedienstete durchführen zu lassen. Eine gute Entscheidung.

In mehreren Bereichen hat die Gemeinde bisher Fremdfirmen statt gemeindeeigenes Personal eingesetzt. Wir sind immer gegen diese Entscheidungen aufgetreten. Wir sind der Meinung Leiharbeit und die Auslagerung von Arbeiten sollte zurückgedrängt werden. Die öffentliche Hand sollte Arbeitsplätze mit guten Bedingungen und guter Bezahlung anbieten. Das ist auch ein Beitrag zur sozialen Sicherheit.

Es werden sieben bis acht Stellen ausgeschrieben. Interessent:innen können sich bei der Gemeinde bewerben. In der Reinigung geht es zumeist um Frauenarbeitsplätze. Durch gute Bezahlung kann auch für mehr Lohngerechtigkeit gesorgt werden. Es ist auch besser für die Menschenwürde Arbeit ausreichend zu bezahlen anstatt mit Sozialleistungen auszugleichen und die Menschen zu Bittstellern zu machen meint

**...Ihre KPÖ-Gemeinderätin
Sonja Karimi**



8. März- Internationaler Frauentag

Anlässlich des Internationalen Frauentags war die KPÖ unterwegs um Nelken zu verteilen und die Frauen an ihre Rechte zu erinnern.

Der 8. März wird seit nunmehr 113 Jahren auf der ganzen Welt als Frauentag begangen – und hat dabei leider nichts an Aktualität eingebüßt. Gleichstellung gibt es hierzulande zwar am Papier, die Realität schaut aber noch ganz anders aus. Ob weniger Geld für gleiche Arbeit, Teilzeitfalle oder die sehr ungleiche Verteilung unbezahlter Haushalts-, Erziehungs- und Sorgearbeit – die ökonomischen Benachteiligungen von Frauen sind vielfältig und haben System. Auch Gewalt gegen Frauen ist in Österreich noch immer allgegenwärtig. Zu tun gibt es also noch genug – und das nicht nur am 8. März, sondern an allen Tagen im Jahr.



EU: Weder sozial noch friedlich

Mit dem EU-Beitritt wird das Leben besser und unsere Neutralität bleibt unangetastet – so die Versprechen. Nach vielen Jahren EU-Mitgliedschaft wissen wir: Nichts davon ist wahr.



Die KPÖ ist gegen den EU-Beitritt Österreichs aufgetreten. Die EU ist

weder sozial, noch friedlich, noch demokratisch. Sie ist eine Konstruktion im Interesse der Banken und Konzerne.

Die vier Freiheiten der EU: freier Waren, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr nutzen vor allem den Konzernen. In den EU-Verträgen ist die neoliberale Ideologie des Privatisierungswahns und der Profitinteressen tief verankert.

Die EU hat für alle Staaten die Verpflichtung zur Aufrüstung in ihrer Verfassung verankert - das gibt es sonst in keiner anderen Verfassung. Anstatt für Friedensverhandlungen einzutreten befeuert die EU den Konflikt mit Russland, vergeudet Milliarden unserer Steuermittel für Waffenlieferungen und Aufrüstung. Die wirkungslosen

Sanktionen haben zu einer enormen Teuerung in den EU-Staaten geführt - und das Leben für viele noch schwerer gemacht.

Trotzdem braucht es auch in Brüssel eine Stimme gegen Lobbyismus und für Frieden und Neutralität – deshalb kandidiert die KPÖ zu den EU-Wahlen.

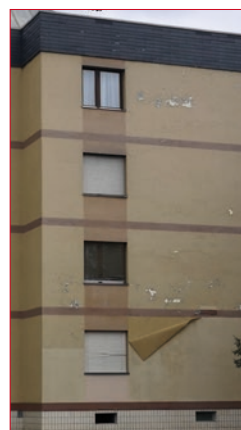
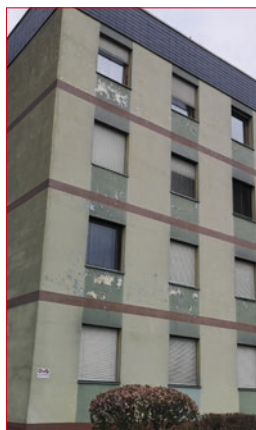
KPÖ-Gemeinderätin Renate Pacher

KPÖ

WOHNEN STATT KANONEN

Die Stimme für Frieden & Neutralität

Am 9. Juni: Günther Hopfgartner KPÖ



Die Fassaden einiger Häuser am Ingeringweg neben dem Fußballplatz sind sehr desolat, kein schöner Anblick. Wir wurden mehrmals gebeten das vorzubringen.

Wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung angeregt der Bürgermeister solle diesbezüglich mit der Wohnbaugenossenschaft in Kontakt treten.

Tag der offenen Konten 2023: KPÖ half mit 10.672 Euro 188 Murtaler:innen in Notlagen

Unser KPÖ-Stadtrat **Josef Meszlenyi** und die Sozialarbeiterin **Karin Gruber** bieten in Knittelfeld regelmäßig Sozialsprechstunden an. Dabei leistet die KPÖ neben Beratung und Hilfe in Notfällen auch direkte finanzielle Unterstützung. Das ist möglich, da die KPÖ-Landtagsabgeordneten **Claudia Klimt-Weithaler** und **Werner Murgg** – wie alle KPÖ-Mandatar:innen – den Großteil ihres Polit-Einkommens an den KPÖ-Spzialfonds abführen. Sie selbst behalten sich 2.500 Euro monatlich, was einem guten Facharbeiter:innengehalt entspricht. Das restliche Geld kommt in Not geratenen Menschen zugute. Wie und wofür genau, darüber haben wir am „Tag der offenen Konten“ berichtet.

Im Bezirk Murtal wurden im vergangenen Jahr 2023 188 Personen mit insgesamt 10.672 Euro unterstützt. Die Wichtigkeit dieser unbürokratischen Hilfe unterstreicht Josef Meszlenyi: „Bei uns finden die Menschen immer ein offenes Ohr, ganz egal, wie groß oder klein das Problem ist. Mit unseren Sozialberatungen helfen wir schnell und unbürokratisch und wenn jemand in einer akuten Notlage ist, auch finanziell weiter. Heuer waren die hohen Wohn- und Lebenskosten sehr häufig Thema. Miete, Strom, Heizung und der wöchentliche Einkauf – alles wird immer teurer. Erst vor Kurzem hatten wir eine Dame bei uns, deren Wohnkosten sich über zwei Jahre von 760 auf fast 1.100(!) Euro erhöht haben. Kein Wunder, dass sich das vorne und hinten nicht mehr ausgeht. Solche Fälle gibt es viele. Die Leute zahlen mit Mühe und Not ihre Wohnkosten, haben dann aber nichts mehr zum Leben und kommen dann zu uns.“

Warum die Sozialsprechstunden so wichtig für die Arbeit der KPÖ sind, hat Claudia Klimt-Weithaler erklärt: „In der Politik wird oft viel geredet und wenig getan. Wir versuchen, die Menschen nicht auf eine bessere Welt zu verträsten, sondern immer mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und zu helfen. In unseren Sozialberatungen erfahren wir jeden Tag, wo den Leuten der Schuh drückt. Daraus nehmen auch wir viel mit und machen die Schief lagen politisch zum Thema.“

Die Sozialarbeiterin Karin Gruber ergänzte: „In unseren Sozialberatungen sehen wir es ganz direkt: Viele Menschen tun sich nach Jahren der Krise immer schwerer, die Kosten des alltäglichen Lebens zu bestreiten. Zunehmend sind auch Menschen mit kleinen und mittleren Arbeitseinkommen am Ende ihrer fi-



nanziellen Möglichkeiten. Die Politik ist daher gefordert, hier gegenzusteuern. Auf Bundesebene braucht es endlich amtliche Preisregelungen für Mieten, Energie und Grundnahrungsmittel.

Auch in der Steiermark liegt sozialpolitisch Einiges im Argen. Nur ein Beispiel: Die steirische Wohnunterstützung ist auch nach der groß angekündigten ‚Erhöhung‘ im Sommer 2023 noch immer unter dem Niveau von 2006, als die Wohnbeihilfe damals eingeführt wurde. Die Wohnkosten hingegen haben sich in derselben Zeit fast verdoppelt. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.“

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-StR. Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber

Mi. 8. Mai

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 10.00 bis 12.00 Uhr,
Voranmeldung: 03512/ 82240

Es muß doch
etwas faul sein
im Innersten
eines Gesell-
schaftssystems,
das seinen
Reichtum
vermehrt, ohne
sein Elend zu
verringern.



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber,
Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße
10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verant-
wortlich: Renate Pacher, Josef Meszlenyi,
Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

GLB-KPÖ bei der Arbeiterkammerwahl

Faule Kompromisse gibt es mit uns nicht!

Die Arbeiterkammer hat als Serviceeinrichtung einen guten Ruf. Warum sollte man bei der kommenden Wahl ausgerechnet GLB-KPÖ wählen? Wir haben mit den Spitzenkandidaten der Liste 5, Georg Erkinger und Hilde Tragler gesprochen.

Georg Erkinger: Die AK ist viel mehr als nur ein Konsumentenschutzverein. Wir sind der Meinung, dass sie als Vertretung der arbeitenden Menschen ein Gegengewicht zur neoliberalen Politik sein muss. Das bringen wir in der Arbeiterkammer zur Sprache.

Hilde Tragler: Es braucht eine Fraktion, die sich konsequent für die Interessen der Arbeiter:innen und Angestellten einsetzt, und auch einmal unangenehme Themen anspricht, die die Mehrheitsfraktion gern unter den Teppich kehren will.

Was sind die Themen, die die Liste GLB-KPÖ in den Vordergrund rücken möchte?

Erkinger: Eine der brennendsten Fragen derzeit ist jene nach einer umfassenden Gesundheitsversorgung in der Steiermark. Wir haben dabei sowohl die Interessen der Patientinnen und Patienten im Auge, als auch jene der Bediensteten in den Spitälern und in der Pflege. Die Landesregierung darf mit ihrem Kahlschlag bei den Spitälern nicht durchkommen.

Tragler: Es gibt breiten Widerstand in der Bevölkerung dagegen, es wäre wichtig, dass sich auch die AK entsprechend zu Wort meldet. Von der SPÖ-FSG ist hier leider nichts zu erwarten, Zeit, dass sich hier etwas ändert!

Die Inflation hat im vergangenen Jahr neue Rekordwerte erreicht, und noch immer steigen die Preise. Kann man da nichts dagegen machen?

Erkinger: Zunächst muss man festhalten: die Preise steigen nicht einfach so, sondern sie werden erhöht! Und es gibt Konzerne und Spekulanten, die davon profitieren. Bezahlen müssen die einfachen Menschen, ob beim täglichen Einkauf, an der Tankstelle oder über

die Mieterhöhungen. Hier braucht es eine Regulierung, also amtliche Eingriffe in die Tarif- und Preisgestaltung – gerade beim Wohnen, bei Lebensmitteln und den Energiekosten.

Tragler: Es heißt doch: Arbeit muss sich wieder lohnen. Das beste Mittel gegen hohe Inflation ist immer noch eine saftige Lohn-erhöhung gewesen. Wenn die Gehälter und Löhne stagnieren, schlägt die Teuerung besonders durch.

Was dürfen wir uns erwarten, wenn der GLB-KPÖ in der AK gestärkt wird?

Tragler: Für uns kandidieren Menschen mitten aus dem Arbeitsleben, aus der Metallindustrie ebenso wie aus dem Pflegebereich oder Handelsangestellte. Wir wissen wo der Schuh drückt und sind die Stimme für soziale Gerechtigkeit.



Erkinger: Wir sind auch die einzigen, die grundsätzliche Fragen stellen, etwa zur Friedenspolitik. Eine Stimme für den GLB-KPÖ ist eine wichtige Stimme für die Interessen der arbeitenden Menschen und ein Denkmittel für die Herrschenden

AK-Wahlen von 16. bis 29. April - so geht's:

Wer ist wahlberechtigt?

Alle AK-Mitglieder die zum Stichtag (3.1.2024) umlagepflichtig waren – also einen Verdienst aus Arbeit bekommen haben. Arbeitsuchende, geringfügig Beschäftigte, Karenzierte, Lehrlinge, Präsenz- und Zivildienstler mit aufrechtem Arbeitsverhältnis nur dann, wenn sie sich in die Wählerliste haben eintragen lassen.

Wo und wie kann ich wählen?

Im Betrieb In vielen Unternehmen wird direkt im Betrieb gewählt: Infos und Aushänge beachten!

Per Brief Wenn es direkt im Betrieb kein Wahllokal gibt, werden Ihnen Wahlunterlagen zugeschickt. Sie können Ihre Stimme dann ganz einfach per Post (Achtung: Poststempel spätestens vom letzten Wahltag) abgeben oder **Persönlich** in der AK-Bezirksstelle für das Murtal, Zeltweg, Hauptstraße 82 wählen.

Wen wähle ich bei der AK Wahl?

Gewählt wird das „Arbeiterparlament“, die AK-Vollversammlung. Ihre Mitglieder sind die Kammerrät:innen. Diese wählen aus ihren Reihen die AK-Präsident:in ihrem Bundesland.

Achtung! Wer schon jetzt weiß, dass er zu den Wahlzeiten nicht im Betrieb ist, kann auf elektronischem Weg (Download „Wahlkartenantrag für Betriebspengelwähler“) oder persönlich im Wahlbüro eine Wahlkarte beantragen. (Tel. 05/7799-2576, Mail: wahlbuero@akstmk.at bzw. Bezirksstelle der AK) und damit per Brief oder im öffentlichen Wahllokal wählen.